

Solidarität in der EU

Michèle Knodt/Anne Tews (Hg.)

Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V. – Band 81

Baden-Baden 2014: Nomos, S. 312, EUR 56,00

Ursula Birsl^{1,*}

¹ Philipps-Universität Marburg, Deutschland

* E-Mail: ursula.birsl@staff.uni-marburg.de

Fungiert die Europäische Union (noch) als Solidargemeinschaft? Seit der Finanzmarktkrise 2008 und der Refinanzierungskrise von EU-Mitgliedsstaaten hat die Diskussion hierüber wieder an Vehemenz gewonnen. Der von Michèle Knodt und Anne Tews vorgelegte Sammelband erhebt Solidarität nun zur analytischen Kategorie. Die Herausgeberinnen entwickeln einführend eine Konzeption, nach der vier Formen der Solidarität in der EU entlang von zwei Dimensionen identifiziert werden. Danach zeigt sich Solidarität horizontal bezogen auf Individuen und auf kollektive Akteure (die Akteursdimension) bzw. vertikal (die Ebenendimension) und ist in diesen Dimensionen transnational, international, supranational sowie intergouvernemental (Formen) organisiert (S. 11ff.; bzw. der Beitrag von Kleger/Mehlhausen, S. 103). Vor diesem Hintergrund folgt der Sammelband „der Frage nach dem Stellenwert solidarischen Handelns im europäischen Mehrebenensystem“ (S. 7).

Dass Solidarität als Rechtsprinzip, durch die Rechtsprechung sowie -praxis einen Handlungskorridor für die EU-Mitgliedsstaaten vorgibt, macht Marcus Klamert am Beispiel der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und in der Anwendung von Solidarität im Unionsrecht durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH) anschaulich deutlich. Hermann-Josef Große Kracht nimmt sich wiederum der katholischen Kirche als Akteurin und ihrer (Neu-)Rezeption von Solidarität in Verlautbarungen der Kommission der Bischofskonferenz der Europäischen Gemeinschaft (COMECE) an. Hiernach scheint sich die Kirche im Rahmen der COMECE von der katholischen Soziallehre des späten 19. und des 20. Jh. zu verabschieden. Die neue Doktrin

„Freiheit im Markt“ (S. 56) markiert eine neoliberale Umdeutung von Solidarität und eine Abkehr von der „*solidarité de fait*“ (S. 57).

Stefanie Börner fragt, ob sich durch EU-Sozialpolitik transnationale Solidarität konstituieren kann. Sie argumentiert, dass „Solidarität nicht etwa die Voraussetzung für die erfolgreiche Etablierung sozialpolitischer Maßnahmen auch auf europäischer Ebene darstellt, sondern vielmehr ihr Resultat“ (S. 63f.).

Die beiden Autoren Heinz Kleger und Thomas Mehlhausen diskutieren „Risiken einer distributiven europäischen Solidarität“ (S. 103) in der Bewältigung der Refinanzierungskrise von EU-Staaten aus politisch-theoretischer Sicht. Friedrich Heinemann setzt sich wiederum mit den strukturellen und institutionellen Problemen im Euro-Wirtschaftsraum auseinander und thematisiert „Lösungsoptionen (...) zwischen Solidarität und Eigenverantwortung“ (S. 113).

Mit Konfliktfeldern in den Solidarbeziehungen zwischen den EU-Ländern in der Einwanderungs- und Asylpolitik beschäftigt sich Jürgen Bast und verbindet hiermit grundsätzliche Fragen: „Die Analyse von Struktur und Wirkung des Solidarprinzips im europäischen Migrationsrecht kann möglicherweise dazu beitragen, die Konturen eines allgemeinen Grundsatzes der Solidarität im Europäischen Verfassungsrecht weiter zu klären“ (S. 156).

Der Aushandlungsprozess der Programme zur europäischen Kohäsionspolitik für die aktuelle Förderperiode 2014 bis 2020 hat nach Ines Hartwig gezeigt, dass dieser auf der einen Seite stärker von „Partikularinteressen“ (S. 187) der EU-Staaten geprägt gewesen ist als in der Vergangenheit. Auf der anderen Seite konnte das

Europäische Parlament deutlicher eigene Akzente in der Programmformulierung setzen, ausgleichend wirken und die eigene Rolle aufwerten.

Heterogene Interessen fordern auch in der EU-Umweltpolitik das Solidarprinzip heraus. Obwohl in diesem Politikfeld, so Jale Tosun, „die Regelungsbreite und -tiefe (...) beständig zugenommen“ (S. 193) hat und dieses nicht mehr als „Anhängsel‘ der wirtschaftlichen Integration“ (S. 195) begriffen werden kann, muss als „Gesamtfazit (...) festgehalten werden, dass sich die EU-Mitgliedsstaaten insbesondere dann solidarisch zeigen, wenn für sie keine innenpolitischen Kosten entstehen“ (S. 214).

Michèle Knodt und Nadine Pfeifer untersuchen Solidarität in der EU-Energiepolitik im Rahmen des Normendreiecks aus Sicherheit, Wettbewerb und Nachhaltigkeit (S. 220). Es ist ein Politikfeld, in dem das Solidarprinzip eng mit dem Subsidiaritätsprinzip verknüpft ist und „durch die Stärkung der Autonomieschonung die mitgliedstaatliche Ebene an Bedeutung gewinnt und der Solidaritätsgedanke (...) in den neueren Papieren zur Energiepolitik (...) nur noch eine marginalisierte Rolle spielt“ (S. 238).

Die GASP ist ebenfalls ein Politikfeld mit zähen Aus handlungsprozeduren. Carolin Rüger stellt zudem fest, dass im Zuge der Wirtschaftskrise eine „Akzentverschiebung hin zum Ökonomischen“ (S. 241) stattgefunden hat, durch die die GASP in der europäischen Politik in den Hintergrund rückt. Auch wenn die GASP durch die Ereignisse in der Ukraine sowie im Nahen und Mittleren Osten wieder an Gewicht gewonnen haben dürfte, dürften die Zweifel der Autorin „an der Solidität des Solidarprinzips in der GASP“ (S. 261) weiter Bestand haben.

Zweifel äußert Nicolai von Ondarza auch bei der Frage, ob die Solidaritätsklausel nach Art. 222 des AEU-Vertrags bei Katastrophenschutz und Terrorabwehr institutionell tragfähig verankert ist. Nach von Ondarza droht ein institutioneller Machtkampf zwischen Gemeinschaftsverfahren, fehlenden klar definierten institutionellen Zuständigkeiten und Verpflichtungen der Mitgliedsländer.

Im Zentrum des Beitrags zur Entwicklungszusammenarbeit von Isabelle Tannous stehen die Sonderbeziehungen der EU mit Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP). Die Autorin macht eine innereuropäische und eine außenpolitische Perspektive aus, nach der eine Art „Entwicklungshilfe“ in der Wirtschaftskrise innerhalb der EU wirkt und die Solidarität in den Außenbeziehungen nicht mehr im gleichen Maß betont wird. Die AKP-Staaten setzen zudem auf Emanzipation von der EU und suchen nach neuen Partnern.

Die Frage nach der Solidargemeinschaft EU ist bislang in einer solchen Breite und dennoch fokussiert noch nicht zur Diskussion gestellt worden wie in diesem Sammelband. Probleme der europäischen Integration werden hier neu verhandelt. Allerdings verwundert, dass nur ein Aufsatz sich mit einer nichtstaatlichen Akteurin (katholische Kirche) beschäftigt. So wäre zu erwarten gewesen, dass

zumindest zwei große soziale Bewegungen als Trägerinnen von Solidarität – die Arbeiter- und die Frauenbewegung – mit Beiträgen vertreten sind.

Dennoch: es handelt sich um einen Sammelband mit viel Erkenntnisgewinn. Die Aufsätze sind gut lesbar und verständlich geschrieben. Der Band ist also nicht nur für die Forschung, sondern ebenfalls als Lektüre für Studium und Lehre zu empfehlen.